

Joachim Rock

Armut? Abschaffen!

Warum wir sie nicht länger hinnehmen müssen
Fakten, Hintergründe, Vorschläge

VSA:



Joachim Rock
Armut? Abschaffen!

Dr. Joachim Rock ist Hauptgeschäftsführer des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes – Gesamtverband e.V. Im VSA: Verlag erschien von ihm 2017 »Störfaktor Armut. Ausgrenzung und Ungleichheit im »neuen Sozialstaat««.

Joachim Rock

Armut? Abschaffen!

Warum wir sie nicht länger hinnehmen müssen

Fakten, Hintergründe, Vorschläge

Inhalt

Einleitung	7
Kapitel 1	
Was ist Armut?	15
Kapitel 2	
Einkommensarmut in Deutschland	25
Armut wird unterschätzt!	30
Wer sind die Armen?	31
Kapitel 3	
Die Gewalt der Armut	35
Armut macht krank	36
(Un)gleiches Recht für alle	39
Zweierlei Recht?	42
Kapitel 4	
Politik gegen Armut, mit der Armut, gegen Arme	45
Die Wiederentdeckung der Armut	47
Die soziale Frage wird zur Schuldfrage	50
Agenda 2010 und Hartz-Reformen	52
Das Bundesverfassungsgericht greift ein	54
Kapitel 5	
Von der Grundsicherung zum Bürgergeld – und wieder zurück	61
Die überfällige Verabschiedung von Hartz IV	61
Misstrauen muss man sich leisten können: Grundsicherungspolitik in der Krise	62
I say hello and you say goodbye: Das Bürgergeld löst Hartz IV ab	63
Üb immer Treu und Redlichkeit? Ein Faktencheck	70
Lohnabstandsgebot	71
Hello again: Von der Grundsicherung zum Bürgergeld – und wieder zurück	73
Kapitel 6	
Kinder- und Familienarmut – Abschaffen!	79
»Ins Blaue hinein«: Das sozialrechtliche Existenzminimum	83
Das steuerrechtliche Existenzminimum: Alle gleich, manche gleicher ..	84
Bildung und Teilhabe tatsächlich zugänglich machen!	85
Sozialleistungen bündeln, aber richtig!	87

Kapitel 7

Armut im Erwerbsleben	89
------------------------------------	----

Kapitel 8

Altersarmut abschaffen!	105
--------------------------------------	-----

Wie Altersarmut (re)produziert wird	108
---	-----

Ein »Gesamtkunstwerk«? Zur Reform der Alterssicherung	114
---	-----

Wie Altersarmut überwunden werden kann	118
--	-----

Kapitel 9

Wenn Wohnen arm macht	127
------------------------------------	-----

Was ist Wohnarmut?	127
--------------------------	-----

»Ach, diese entsetzliche Lücke«: Wie Wohnarmut gemacht wird	133
---	-----

Ungleichheitstreiber Immobilienbesitz	139
---	-----

Die Wohnarmut überwinden!	140
---------------------------------	-----

Kapitel 10

Regelsätze gegen Armut?

Wie der Mangel zum Maßstab wird	145
--	-----

Ins Blaue hinein: Regelleistungen für Kinder	153
--	-----

Regelsätze richtig gerechnet	154
------------------------------------	-----

Kapitel 11

Sozialpolitik im Rückwärtsgang	159
---	-----

Sozialreformen ohne Sozialpartner	160
---	-----

Defizite mit Ansage	162
---------------------------	-----

Teilhabe unter Finanzierungsvorbehalt	164
---	-----

Armutsrisiko Pflege	166
---------------------------	-----

Refamiliarisierung sozialer Dienstleistungen	166
--	-----

Mehr Armut, weniger Schutz	167
----------------------------------	-----

Wachsender Widerstand	168
-----------------------------	-----

Schlussfolgerungen	171
---------------------------------	-----

Mehr als Umverteilung: ein Sozialstaat, der Möglichkeiten schafft	174
---	-----

Gestaltungsfähigkeit zurückgewinnen	175
---	-----

Gemeinsam reicher!	177
--------------------------	-----

Literatur und Quellen	183
-----------------------------	-----

Einleitung

Noch ein Buch über Armut – braucht es das? Ich beantworte die Frage positiv. Es gibt zweifellos zahlreiche gute Bücher, in denen sich die Autor*innen aus eigener Armutserfahrung oder mit empathischem Blick in Reportagen und Berichten mit Armut in ihren Facetten auseinandersetzen. Weitere Autor*innen behandeln das Thema aus wissenschaftlicher Perspektive, liefern Definitionen und Zahlen zu Armut, Reichtum und Lebenslagen. Sie leuchten das Dunkelfeld aus und machen Armut empirisch sichtbar. Schließlich gibt es Bücher, in denen sich die Autor*innen mit Armut unter dem Gesichtspunkt der Kritik der politischen Ökonomie befassen und wichtiges Wissen über die Strukturen unseres Wirtschaftssystems liefern, das Armut erzeugt und perpetuiert. Zudem setzen sich viele Autor*innen aus einer ethisch-moralisch fundierten Perspektive mit Armut auseinander.

In der aktuellen Literatur fehlt mir jedoch eine kurze, anschauliche Darstellung des Themas, die fundiert, lesbar und praxisorientiert nicht nur darlegt, wie sich Armut in Deutschland und die Debatte darüber entwickeln, sondern die mit einem Bild von Armut und einer Darstellung des sozialpolitischen Rahmens zeigt, warum wir uns mit Armut nicht abfinden dürfen und müssen. Meine Überzeugung ist: Armut und Ungleichheit sind zentrale Ursachen für die vertiefte und weiter voranschreitende wirtschaftliche, soziale und politische Spaltung der Gesellschaft. Damit müssen wir uns nicht abfinden, denn wir können Armut überwinden.

Das klingt selbstverständlich und banal, aber in den vergangenen Jahren haben wir uns mehr und mehr davon entfernt. Wir haben uns nicht nur praktisch mit einer gewachsenen Ungleichheit in der Einkommens- und Vermögensverteilung davon entfernt. Wir haben uns auch von dem Anspruch entfernt, Armut und Ungleichheit zu reduzieren und überwinden zu wollen. Die Vermeidung, Verringerung und Abschaffung von Armut war und ist keine politische Priorität. Das gilt mit unterschiedlichen Nuancen für Vergangenheit und Gegenwart. Es wäre jedoch naiv und falsch zu denken, dass Armut nur aus mangelndem Willen zu ihrer Bekämpfung stagniert oder fortschreitet. Die übergroße Mehrheit der demokratisch engagierten Menschen in Politik und Verwaltung engagiert sich aktiv, die aus ihrer Sicht besten Wege zu nutzen, um individuelle Wohlfahrt und gesellschaftlichen Wohlstand zu fördern. Die beschäftigungs-, steuer- und sozialpolitischen Maßnahmen auf den Wegen dorthin unterscheiden sich zum Teil jedoch erheblich.

Eine Politik, die Abschaffung von Armut in den Vordergrund rückt und gezielt an den Interessen der vielfältigen von Armut bedrohten oder betroffenen Menschen ansetzt, ist bislang nur in Ansätzen formuliert. Und im Widerstreit der Interessen zwischen den Akteuren bleiben Instrumente und Stellschrauben

ungenutzt. Dass das so ist, hat viel mit der Verfassung des Sozialstaates und noch mehr mit dem Stand der öffentlichen Debatte zu tun, in der mit den Armen auch das Ziel der Überwindung von Armut erfolgreich diskreditiert wurde.

Noch vor wenigen Jahren war es parteiübergreifend anerkannt, wenigstens eine bestimmte Form von Armut überwinden zu wollen: Kinderarmut. In ihrem Koalitionsvertrag aus dem Dezember 2021 hatten sich SPD, Grüne und FDP gemeinsam darauf verständigt, Kinderarmut zu bekämpfen und durch die Einführung einer Kindergrundsicherung zu verringern. An diesem ohnehin nicht zu hoch gegriffenen Anspruch ist die damalige Regierungskoalition gescheitert. Der Versuch, eine Kindergrundsicherung einzuführen, geriet zu einem Politikdrama in mehreren Aufzügen, das Akteure und Zuschauer gleichermaßen ratlos zurückließ. Mit dem gescheiterten Prozess wurde neben dem Instrument auch das Ziel, Kinderarmut wenn schon nicht abzuschaffen, so doch deutlich zu senken, nachhaltig diskreditiert.

Die Abkehr vom Anspruch, Kinderarmut, die immer vor allem auch Familienarmut ist, entgegenzutreten, dokumentiert der aktuelle Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD mit absoluter armutspolitischer Ambitionslosigkeit. Dort heißt es: »Wir wollen Kinderarmut wirksam bekämpfen und Alleinerziehende entlasten. Leistungen sollen dort ankommen, wo sie gebraucht werden. Wir erhöhen den Teilhabebetrag des Bildungs- und Teilhabepakets (BuT) von 15 auf 20 Euro und prüfen im Rahmen einer Machbarkeitsstudie die Einführung einer Kinderkarte für alle kindergeldberechtigten Kinder.« (CDU/CSU/SPD 2025: 15)

Das Scheitern bei der Bekämpfung von Kinderarmut ist auch Ausdruck geschwundener Gestaltungsfähigkeiten oder, schlimmer noch, geschwundenen Gestaltungswillens. Wenn man Armut nicht mehr für überwindbar hält, dann wechselt politisches Handeln endgültig seinen Modus hin zur bloßen Verwaltung von Armut – und verfehlt damit seinen Auftrag. Das Beispiel der mangelnden Bekämpfung von Kinderarmut ist symptomatisch für einen in den vergangenen Jahren dramatisch gesunkenen Gestaltungsoptimismus.

Ich habe das Privileg, bereits über einen langen Zeitraum in politische Gespräche im parlamentarischen Raum involviert zu sein. Der Charakter dieser Gespräche hat sich in dieser Zeit massiv verändert. In der Vergangenheit wurde Zustimmung oder Ablehnung viel klarer formuliert, vor allem wurde die Verantwortung für etwas adressiert. Am Ende des Gesprächs stand fast immer, dass man etwas tun werde, auch wenn natürlich längst nicht alle Anliegen aufgenommen wurden. Die Mehrheit der Gespräche heute verläuft anders. Die Suche nach dem Gemeinsamen und Verbindenden steht im Vordergrund. Der politische Wind ist rauer geworden, die Abgeordneten einsamer. Was fehlt, sind klare Benennungen von Verantwortlichkeiten. Was ebenfalls häufig fehlt, sind Handlungsperspektiven. Der Tenor gegenwärtiger Gespräche lautet allzu

oft: »Aber ich kann da nichts machen!« Das dadurch vermittelte Gefühl lebt nicht nur in den Abgeordnetenbüros und Ministerien der Hauptstadt, es hat sich von dort aus längst verbreitet. Für den Glauben an die Gestaltungsfähigkeit der sozialen Verhältnisse ist das Gift.

Es gibt einen gemeinsamen Nenner erfolgreicher politischer Bewegungen der vergangenen Jahre: Das Versprechen, etwas nicht nur ändern zu wollen, sondern verändern zu können. Häufig stehen solche Forderungen im Ruch, populistisch zu sein, als ob das bereits ein Argument wäre. Die vielleicht bekannteste Formel, die ansteckenden Gestaltungsoptimismus auf den Begriff brachte, ist heute 18 Jahre alt. Es ist Barack Obamas »Yes, we can«. Donald Trump griff einen anderen, nicht weniger auf das Versprechen von Veränderung zielenden Slogan auf, den Ronald Reagan bereits in den 1980er-Jahren mit Erfolg genutzt hat: »Make America Great Again«! Emmanuel Macron verankerte den Veränderungsimpuls direkt im Namen seiner Initiative, der Bewegung »En Marche!«, auf. In Spanien warb die linke Podemos mit »Sí se puede«, dem spanischen Äquivalent von »Yes, we can«, selbst der Parteiname Podemos lässt sich mit »Wir können« übersetzen. Auch der wirkmächtige Brexit-Slogan »Take back control« fügt sich in diese Reihe: Wir hatten die Kontrolle, jemand hat sie verloren, wir holen sie zurück.

Aber so sehr eine Politik zu begrüßen ist, die den Blick auf das Machbare hat und sich nicht in Heilsversprechen erschöpft, so sehr verfehlt eine Politik, die für Verbesserungen der bestehenden Verhältnisse auf eine fernere Zukunft verweist oder gleich ganz darauf verzichtet, ihre Aufgabe. Die Überzeugung, dass es schlechter werden müsse, bevor es besser wird, und dass Verbesserungen, wenn überhaupt, nur über spürbar schmerzhaft Einschnitte zu erreichen seien, der so vermittelte »Drang nach Härte« (Eva von Redecker) ist kein Versprechen, sondern eine Zumutung. Und wer mit aller Überzeugung Menschen fortwährend predigt, dass sie zu faul, zu krank, zu wenig leistungsfähig seien und sich grundlegend ändern müssten, um weiter oder wieder in gesicherten Verhältnissen leben zu können, verkennet, dass Menschen nicht den Eindruck haben, dass sie sich diesen Anspruch erst gegenüber der Regierung erwerben müssten. Man fühlt sich an Bertolt Brechts Vers »Die Lösung« erinnert, indem er mit Blick auf die Arbeiterproteste in der DDR am 17. Juni 1953 ironisch formulierte, dass die Regierung offensichtlich den Eindruck vermittele, dass das Volk »das Vertrauen der Regierung verscherzt habe | Und es nur durch verdoppelte Arbeit | Zurückerobern könne. Wäre es da | Nicht doch einfacher, die Regierung | Löste das Volk auf und | Wählte ein anderes?« (Brecht 1953: 404).

Gerade Menschen in prekären Lebenslagen haben ein sehr starkes Gefühl dafür, dass nicht sie es sind, denen aus den gegenwärtig diskutierten Kürzungen zukünftige Chancen erwachsen. Es ist geradezu verstörend, wenn Menschen massenweise Gegenwartssorgen und Zukunftsängste artikulieren, wäh-

rend ihnen Regierungsvertreter und Expertenkommissionen vorzurechnen suchen, dass sie ihre eigene Lebenslage nur falsch verstünden. In den Sozialwissenschaften ist das Thomas-Theorem bekannt, das kurz zusammengefasst lautet: »Wenn die Menschen Situationen als wirklich definieren, sind diese in ihren Konsequenzen wirklich.« (Thomas/Thomas 1928). Ganz ähnlich hat Kurt Tucholsky 1931 in seiner Rezension des Fallada-Romans *Bonzen, Bauern und Bomben* formuliert, indem er ironisch schrieb: »Das Volk versteht das meiste falsch; aber es fühlt das meiste richtig.« (Tucholsky 1931). Das Zitat fällt nicht zufällig in dieser Zeit, denn Tucholsky kritisierte scharf, dass Teile des mittleren Bürgertums »maßlos ungeschickt, ewig zögernd und energielos« agierten, was auf den Erfolg der »Schreihälse der Nazis« eingezahlt habe.

Noch immer hält sich der Glaube, die autoritären Nationalisten, Menschenfeinde und Demokratieverächter von heute würden sich ohne weiteres Zutun gleichsam von selbst entzaubern, wenn sie erst Zugang zu den Fluren der Macht hätten. Abgesehen davon, dass es hier niemand mit einmal verzauberten Prinzess*innen zu tun hat, ist das eine fatale Fehleinschätzung, denn die Protagonisten der Exklusion werden nicht daran gemessen, ob und inwieweit sie tatsächlich spürbare Veränderungen zugunsten ihrer Wähler*innen erreichen. Die gewachsene Zustimmung zu ihnen prämiert vor allem eine Haltung, die vielfältigste Projektionen erlaubt.

Die Konkurrenz auf dem Gebiet ist überschaubar: Wie viele politische Protagonisten der Gegenwart liefern noch diesen Gestaltungsoptimismus, liefern noch positive Projektionsflächen? Das wiederkehrende Versprechen der demokratischen Mehrheit, es lautet mit beredtem Verweis auf rechtliche und finanzielle Sachzwänge allzu häufig: »Ich kann es nicht ändern«. Dass dies dem einen oder der anderen, die damit nichts zu gewinnen, aber viel zu verlieren hat, zu wenig erscheint, ist wenig überraschend. Zur Verteidigung der liberalen Demokratie müssen die diese tragenden Parteien spürbar unter Beweis stellen, dass auch große Ziele zur Verbesserung des Lebensstandards für alle umsetzbar sind, dass Politik das Leben verbessern kann.

Wer selbst grundlegende Forderungen, wie die Sicherung eines auskömmlichen Minimums an Teilhabemöglichkeiten für alle, unter Finanzierungsvorbehalt stellt, der trägt dazu bei, dass Menschenfeinde vom äußersten rechten Rand weiter an Zustimmung gewinnen: »Denn genau diese Logik des Geht-nicht-klappt-nicht-wird-nichts ist die Ursuppe, aus der der Rechtspopulismus überhaupt erst entstanden ist.« (Pausch 2026: 7) Spätestens in der zweiten Amtszeit Donald Trumps »sollte man sich womöglich mit dem Gedanken anfreunden, dass juristische Grenzen, institutionelle Hürden und ökonomische Sachzwänge nicht die Kategorien sind, an denen man die radikale Rechte sinnvoll messen sollte. Man kann die Grenze nach Mexiko nicht dichtmachen? Wollen wir doch mal sehen. Man kann die Globalisierung nicht zurückdrehen?

Wollen wir doch mal sehen. Man kann einen Weltkonzern wie Intel nicht einfach auf Kommando teilverstaatlichen? Wollen wir doch mal sehen.« (Ebd.)

Für die Abschaffung von Armut braucht es Gestaltungsfähigkeit und Gestaltungswillen. Wer Armut als unvermeidlich ansieht und sich mit ihr abfinden will, wird sich ihrer Verwaltung, ihrer statistischen Erfassung und vielleicht noch ihrer Linderung widmen. Abschaffen kann Armut nur, wer sie als veränderbares gesellschaftliches Verhältnis begreift.

Seit den 1990er-Jahren hat die Leistungsgesellschaft den sozialen Status ungleich stärker als zuvor als Ergebnis persönlicher Leistung definiert. Armut und die Möglichkeit, sehr schnell in Armut zu geraten, haben zugenommen. Das Gefühl, wenig zu gewinnen, aber viel verlieren zu haben, hat sich ausgedehnt. Dass Armut grundsätzlich jeden treffen kann und der Weg in die Armut für breite Teile der Bevölkerung im Falle einer schweren Erkrankung, des Arbeitsplatzverlustes oder eines Schicksalsschlages in der Familie viel kürzer geworden ist, ist der großen Mehrheit der Bevölkerung nur zu bewusst. In einer politischen Parallelwelt der sozialpolitischen Debatte wird indes der Eindruck erweckt, jeder sei seines Glückes Schmied und Freiheit von Not nur eine Frage des Willens. Auch wer ein mittleres Einkommen hat, ist bei plötzlicher stationärer Pflegebedürftigkeit in Kürze auf nur noch 152,01 Euro »Barbetrag« an verfügbarem Einkommen im Monat zurückgeworfen. Ein Facharbeiter mit gesichertem Einkommen, der mit den grassierenden Schließungen seinen Arbeitsplatz verliert, kann in der Regel noch ein Jahr Arbeitslosengeld beziehen, bevor der Grundsicherungsbedarf droht und nicht nur das mühsam erarbeitete Heim und die erworbenen Rücklagen infrage gestellt sind, sondern mit ihnen auch das gesamte gewohnte Leben.

Es mag sein, dass der Weg zu »Wohlstand für alle« noch weit ist. Der Weg dahin, Armut nicht nur zu reduzieren, sondern abzuschaffen, ist alles andere als weit. Das Ziel ist in vergleichsweise kurzer Zeit erreichbar. Sich endlich auf den Weg dahin zu begeben, ist überfällig. Viel zu lange hat man sich damit abgefunden, dass Armut auf hohem Niveau verbleibt. Sozialpolitische Reformen haben Armut oft fort- und festgeschrieben, statt sie wirksam zu verringern. Wenn man sich bewusst macht, was Armut für die Betroffenen, aber auch für die Gesellschaft insgesamt bedeutet, kann man sehen, welche verheerenden Wirkungen mit Armut verbunden sind. Armut reduziert die Lebens- und Teilhabechancen massiv, gerade für Kinder. Armut kostet Gesundheit und Lebenszeit. Armut raubt Motivation und Perspektiven, sie fördert Angst und Unsicherheit und trägt wesentlich zur Erosion des viel beschworenen Zusammenhalts bei. Welches Ziel wäre buchstäblich grundlegender, als Armut wirksam zu reduzieren und abzuschaffen? Was wäre ein sichtbarer Leistungsnachweis politischen Handelns für die gesamte Bevölkerung, als endlich Fortschritte auf dem Weg dahin zu erreichen?

Dieses Buch ist nicht nur ein Buch über Armut. Es soll auch ein Buch sein, in dem konkrete Handlungsmöglichkeiten sichtbar gemacht und die Leser*innen darin bestärkt werden, Ohnmacht zu überwinden und sich nicht mit der Mäßigkeit der Verhältnisse abzufinden. Es ist damit auch ein Buch, das dazu beitragen will, die soziale Polarisierung überwinden zu helfen, denn soziale Polarisierung kommt selten allein, sie geht auf kurz oder lang mit politischer Polarisierung einher. Dabei dürfen wir es uns und damit auch den geneigten Lesenden – einem bekannten Bonmot nach – so einfach wie möglich machen, aber eben auch nicht einfacher.

Die nachfolgenden Ausführungen können deshalb nicht bei einer oberflächlichen Betrachtung stehen bleiben, sie müssen notwendig in die Tiefe gehen. Das ist auch deshalb notwendig, weil nur so Untiefen der sozialen Lagen ausgelotet werden, die sich der verbreiteten Wahrnehmung entziehen und nur so Ausschlussmechanismen sichtbar werden, die dekonstruiert werden müssen, wenn wir Armut überwinden wollen. In den einzelnen Kapiteln biete ich dazu Hintergrundwissen an und erläutere zentrale Begriffe, vor allem will ich die Modi der sozialstaatlichen Bearbeitung von Armut und ihre Folgen darstellen. Und natürlich geht es immer auch darum, Alternativen deutlich zu machen und sich Rechenschaft abzulegen, was es kosten würde, Armut nicht nur zu reduzieren, sondern abzuschaffen.

Es liegt in der Natur der Sache, dass wir uns an erster Stelle über den Begriff der Armut verständigen müssen. Eine These dieses Buches ist: Weil wir kein gemeinsames Verständnis von Armut mehr haben, haben wir kein Verständnis mehr für Armut. Der Armutsbegriff ist selbst umkämpft. Umso wichtiger ist es, gleich zu Beginn darzulegen, wie Armut verstanden wird. Armut hat viele Gesichter. Ein Bild der Armut zu entwerfen, braucht deshalb auch mehrere Armutsbegriffe. Es ist deshalb ein Anliegen dieses Buches, über das Verständnis von Armut als Einkommensarmut hinauszugehen und einen differenzierteren Blick auf Lebenslagen zu ermöglichen. Dabei sollen die Vorteile und Grenzen des gängigen Armutsbegriffes dargelegt, aber auch weitere Armutsbegriffe vorgestellt werden, von Vermögensarmut über Wohnarmut bis zu Konzepten von materieller Deprivation.

Es wird sich zeigen (auch durch unvermeidliche Begegnungen mit vielen Statistiken und Zahlen): Armut ist kein Problem von »Randgruppen«, sie reicht weit in die Gesellschaft hinein. Sie ist häufig gerade nicht darauf zurückzuführen, dass Menschen untätig sind. Das stellt eine grundlegende These der aktuellen Grundsicherungspolitik infrage. Wenn für nur einen kleineren Teil der Betroffenen der Mangel an Arbeit Ursache der Armut ist, dann kann die Verschärfung von Arbeitspflichten kein geeigneter Beitrag sein, um Armut zu überwinden. Und Armut ist nicht nur ein Mangel an Geld. Armut bedeutet Stress, sie kostet Gesundheit und gesunde Lebensjahre, sie begrenzt indi-

viduelle Teilhabemöglichkeiten und Lebenschancen. Armut, das soll deutlich gemacht werden, ist eine Form von Gewalt.

Damit wir Armut eines Tages als Phänomen einer überwundenen Vergangenheit betrachten können, müssen wir uns auch die Geschichte der Armuts politik vergegenwärtigen. Es wird sich zeigen, dass Regierungen sich stets schwertaten, Armut aus eigenem Antrieb zu bekämpfen. Oft genug mussten Gerichte eingreifen und die handelnden Akteure auf den rechten Weg zurückführen. Aus einer Politik, die Armut häufig als strukturell bedingt begriffen hat, wurde mit den Jahren eine Politik, die Armut individualisierte und mit dem Vorwurf persönlichen Versagens, persönlicher Schuld verband. Nicht mehr die Armut war das Problem, die Armen selbst galten immer öfter als Problem.

Die Einführung der Grundsicherung illustriert das sehr deutlich. Ihr ging eine lange Phase der bewussten Diskreditierung von Armutsbetroffenen voraus. Der Einblick in die Konjunkturen der Armuts politik wird deutlich machen, wie weit sich die Armuts politik von ihrem eigentlichen Gegenstand entfernt hat, indem wirksame Instrumente zur Armutsvermeidung hinter kurzfristigen und ungenügenden Lösungsansätzen zurückblieben.

Diese Mängel der Armuts politik gelten auch für die einzelnen Armutsformen, angefangen mit der Kinderarmut, die es eigentlich gar nicht gibt, denn es gibt nur Familienarmut. Sie trifft die verwundbarste Generation, denn Kinder können ihrem Schicksal nicht entkommen. Sie können weder arbeiten noch sich aus ihren Verhältnissen lösen. Und sie leben in einer Gesellschaft, die nach dem gescheiterten Versuch der Einführung einer Kindergrundsicherung ganz offenbar bereit ist, sich mit Familienarmut abzufinden.

Am entgegengesetzten Ende der Biografien steht die Altersarmut. Sie ist eine besonders schwerwiegende Form von Armut, weil mit ihr häufig das Urteil »lebenslänglich« verbunden ist. Altersarmut kommt nicht plötzlich, sie zeichnet sich lange ab. Sie wird über Jahrzehnte vorprogrammiert, durch niedrige Löhne, durch Arbeitslosigkeit, ungenügend honorierte Sorgearbeit und durch politische Entscheidungen, die erworbene Ansprüche, das Sozialvermögen der Menschen, reduzieren. Besonders deutlich wird, wie stark der Sozialstaat über Ansprüche entscheidet und den einen nach wenigen Jahren eine Mindestversorgung zuweist, die weit über den Ansprüchen eines Rentners nach einem langen Erwerbsleben liegt, während zugelassen wird, dass sich die Rentenansprüche immer stärker der Grundsicherungsgrenze nähern. Im deutschen Alterssicherungswesen lebt der Ständestaat weiter. Im internationalen Vergleich schneidet er schlecht ab. Wir können aber auch aus dem internationalen Vergleich mitnehmen, wie wir Armut überwinden und Sozialvermögen für alle schaffen können.

Eine lange Zeit wenig beachtete, aber umso weitreichendere Form von Armut ist Wohnarmut. Wenn Armut überwiegend über das Einkommen bestimmt

wird, gerät aus dem Blick, was vom Einkommen überhaupt zum Leben bleibt. Zwei Menschen können über gleiche Einkommen verfügen und dennoch vollkommen unterschiedliche Lebensmöglichkeiten haben, je nach Güte und Alter ihres Mietvertrages. Hohe Mieten wiederum sind weder Zufall noch Schicksal, sie sind das Ergebnis einer über Jahrzehnte völlig verfehlten Wohnungspolitik. Die Ausgaben des Staates zur Unterstützung von Mieter*innen sind in den vergangenen Jahren massiv gestiegen. Hier zahlt der Staat die Zeche der eigenen Versäumnisse bei der Regulierung des Wohnungsmarktes.

Die Auseinandersetzung mit der Armut wäre unvollständig, wenn wir uns nicht mit der Frage beschäftigten, wie viel der Mensch zum Leben braucht. Der Sozialstaat beantwortet diese Frage täglich millionenfach, in Euro und Cent gerechnet. Zu erklären sind die Regeln dieser Berechnungen und die dahinterstehenden Armutsbilder, vom früheren Warenkorb bis zum ungemein aufwendigen Statistikmodell. Das verweist auf einen grundlegenden Mangel der Armutspolitik: Am Ausgabeverhalten von Menschen in Armut wird bemessen, wie viel Geld ihnen zum Leben zugestanden wird. Der Mangel wird zum Maßstab des Minimums. Armut wird nicht bekämpft, sie wird fort- und festgeschrieben.

Zu bewerten sind schließlich die laufenden Aktivitäten zur Sozialstaatsreform, insbesondere die geplanten Einschränkungen der Versorgungssicherheit breiter Bevölkerungsgruppen. Praktiziert wird eine Politik, die im Begriff ist, weit in das Sozialvermögen der Bevölkerung einzugreifen und Menschen ihrer Ansprüche und Chancen zu enteignen. Die Reformen sind gerade kein »Gesamtkunstwerk«, sondern stehen unkoordiniert neben- und gegeneinander. Auch hier zeigt sich, dass in vielen Fällen Härten vollzogen werden sollen, obwohl den Handelnden bewusst ist, dass damit häufig nicht einmal Einsparungen verbunden sind. Einzelne Haushalte drohen so, viele hundert Euro im Monat zu verlieren, selbst wenn sie gleichzeitig erwerbstätig sind, Kinder erziehen oder Angehörige pflegen. Dahinter steht eine Entfremdung von den Bedarfen der Bevölkerung, eine Abkehr auch von dem Grundsatz, innere, äußere und soziale Sicherheit nicht gegeneinander in Stellung zu bringen. Während die vorherige Bundesregierung wenigstens noch an diesem Grundsatz festgehalten hat, stellt der aktuelle Bundeskanzler diesen kategorischen Imperativ des ungeteilten staatlichen Sicherheitsversprechens nicht zur Diskussion, sondern gleich zur Disposition.

Armut ist jedoch kein Schicksal. Wir können Armut vollständig überwinden. Daran mitwirken zu helfen und die Gestaltbarkeit der gegebenen Verhältnisse zu beweisen, muss Ansporn für jegliches politische Handeln sein, das das Sicherheitsversprechen des Staates gegenüber den Bürger*innen einlöst und soziale und politische Gleichheit zusammendenkt.

Kapitel 1

Was ist Armut?

Armut hat viele Gesichter, Armut ist häufig unsichtbar. Armut entzieht sich einer allgemeingültigen Definition. Worüber reden wir, wenn wir von Armut reden?

Die Definition von Armut ist wesentlich dafür, welches Bild von ihr vermittelt wird und wie Armutspolitik betrieben wird: »Armut« ist kein feststehender Begriff, sondern ein gesellschaftliches Verhältnis, das auch von Zuschreibungen und Bewertungen lebt« (Wimmer 2025: 18). Dabei stehen verschiedene Armutskonzepte zur Verfügung. Sie »sollen helfen, Armut zu messen, zu verstehen und erklären zu können [...] Armutskonzepte beinhalten eine Definition von Armut, bündeln deren relevante Merkmale und setzen diese zueinander in Beziehung. Idealerweise benennen sie die relevanten Dimensionen für die Messung und Operationalisierung von Armut und sind in Armuts- oder Gesellschaftstheorien eingebettet« (Dittmann/Göbel 2018: 22)

Es lassen sich grob fünf verschiedene Armutskonzepte unterscheiden, die sich der Bestimmung von Armut vorrangig a) über die zur Verfügung stehenden Ressourcen, b) den *Lebensstandard*, c) die *Lebenslage*, d) *Verwirklichungschancen* oder e) *Exklusionsansätze*, die stärker auf die Bedingungen von Teilhabe abstellen, nähern. Die verschiedenen Konzepte haben jeweils eigene Vor- und Nachteile, die ein Mit- und Nebeneinander der damit verbundenen Ansätze erfordern, um Armut analytisch fassbar zu machen. Das Verständnis von Armut wandelt sich trotzdem stetig. Es ist deshalb wichtig, festzuhalten, »dass Armutsverständnisse zeitlich begrenzt sind und sowohl Definitionen von Armut als auch die aus ihnen hervorgehenden Zuschreibungen einem gesellschaftlichen Zeitgeist und gesellschaftlichen Erfordernissen unterliegen« (Ebd.: 31).

Ressourcenansätze sind besonders verbreitet, weil sie Mangellagen definieren und damit vergleichsweise gut messbar sind. Begreift man Armut als Mangel an dem, was zum Leben zwingend notwendig ist, spricht man von extremer oder absoluter Armut. Die Weltbank beziffert absolute Armut bei einer Grenze von weniger als drei Dollar am Tag. Nach ihren Berechnungen betrifft das etwa 700 Millionen Menschen weltweit.¹

Ein solcher Orientierungswert ist jedoch wenig aussagekräftig, unterscheiden sich doch die Lebenshaltungskosten regional und noch stärker national sehr stark. Gebräuchlicher sind deshalb Armutsbegriffe, die Armut in Beziehung zum Wohlstandsniveau der jeweiligen Gesellschaft setzen.

¹ www.worldbank.org/en/news/factsheet/2025/06/05/june-2025-update-to-global-poverty-lines?utm_source=chatgpt.com

Armut und Reichtum, Zufriedenheit und Neid, alles entsteht immer im Vergleich zu Vergleichbarem. Auch in entwickelten Staaten gibt es absolute Armut. Sie entzieht sich jedoch häufig einer statistischen Erfassung. Ein global einheitlicher Maßstab von absoluter Armut ist nicht geeignet, Armut in wohlhabenden Gesellschaften hinreichend zu erfassen. Die Vergleichsmaßstäbe für die eigene soziale Lage ergeben sich aus dem persönlichen Erfahrungsraum, nicht aus einer undifferenzierten globalen Betrachtung. Auch die größten Kritiker von Mindestlöhnen und sozialen Transferleistungen wird es kaum zufriedenstellen, wenn man ihr Gehalt als ausgesprochen hoch im Vergleich zu Feldarbeitern aus unterentwickelten Ländern bewertete. Sie würden selbstverständlich auf nationale Tarifsysteme, auf die Bezahlung im eigenen Unternehmen oder das Gehalt vergleichbar qualifizierter Kollegen verweisen, zu Recht. Armut lässt sich deshalb ebenfalls nur relativ, im Vergleich zum Wohlstandsniveau einer Gesellschaft, bestimmen.

Adam Smith, einer der Begründer der klassischen Wirtschaftswissenschaften, hat deshalb bereits Ende des 18. Jahrhunderts darauf verwiesen: »Unter lebenswichtigen Gütern verstehe ich nicht nur solche, die unerlässlich zum Erhalt des Lebens sind, sondern auch Dinge, ohne die achtbaren Leuten, selbst der untersten Schicht, ein Auskommen nach den Gewohnheiten des Landes nicht zugemutet werden sollte. Ein Leinenhemd ist beispielsweise, genau genommen, nicht unbedingt zum Leben notwendig. Griechen und Römer lebten, wie ich glaube, sehr bequem und behaglich, obwohl sie Leinen noch nicht kannten. Doch heutzutage würde sich weithin in Europa jeder achtbare Tagelöhner schämen, wenn er in der Öffentlichkeit ohne Leinenhemd erscheinen müsste. Denn eine solche Armut würde als schimpflich gelten, in die ja niemand ohne eigene Schuld geraten kann, wie allgemein angenommen wird. Ebenso gehören heute in England Lederschuhe aus Lebensgewohnheit unbedingt zur notwendigen Ausstattung« (Smith 1789/1983: 747–748). In Europa hat sich seit einem Beschluss der Europäischen Kommission (1985) als Konvention durchgesetzt, Armut relativ zu bestimmen: »Als verarmt sind jene Einzelpersonen, Familien und Personengruppen anzusehen, die über so geringe (materielle, kulturelle und soziale) Mittel verfügen, dass sie von der Lebensweise ausgeschlossen sind, die in dem Mitgliedstaat, in dem sie leben, als Minimum annehmbar ist« (zitiert nach Europäischer Rat 1985).

Relative Armut

Armut bemisst sich am Wohlstand und Lebensstandard der Gesellschaft. Relativ einkommensarm ist, wer über weniger als 60% des mittleren, äquivalenzgewichteten Einkommens verfügt. Armut wird dabei breiter bestimmt als existenzielles Elend. Sie äußert sich in im Vergleich zur Bevölkerungsmehrheit eingeschränkten Möglichkeiten gesellschaftlicher Teilhabe.

Die relative Bestimmung von Armut knüpft deshalb an der Lebenslage an. Diese ist jedoch nur schwer zu vergleichen. Gerade der Vergleich ist jedoch notwendig, um wirksame Maßnahmen zur Identifikation von Bedarfen und zur Armutsbekämpfung entwickeln zu können. Als europäische Konvention zur Operationalisierung von Armut wurde deshalb eine Armutsgefährdungs- bzw. Armutsrisikoschwelle entwickelt, die am Haushaltseinkommen orientiert ist. Das Statistische Bundesamt formuliert dazu: »Entsprechend dem EU-weit harmonisierten Standard ist die Armutsgefährdungsquote definiert als der Anteil der Personen, deren Nettoäquivalenzeinkommen weniger als 60% des Median des Nettoäquivalenzeinkommens der Bevölkerung beträgt.«²

Armuts(risiko)schwelle

Diese leitet sich vom mittleren Einkommen ab, dem sogenannten Medianeinkommen. Würde man alle Menschen nach der Höhe ihres Einkommens in einer Reihe aufstellen, würde das Einkommen der in der Mitte stehenden Person den Median bilden. Dieses mittlere Einkommen unterscheidet sich deutlich vom Durchschnittseinkommen, das in der Regel deutlich höher liegt. Da das Durchschnittseinkommen schwerer zu bestimmen und leichter zu verändern ist, wird das Medianeinkommen als handhabbarer betrachtet.

Bei den Einkommen werden grundsätzlich alle Einkommensarten berücksichtigt. Für die Armutsmessung wird dabei das *Nettoäquivalenzeinkommen* als maßgeblich angesehen. Da das Einkommen von Haushalten je nach Alter und Zahl der Angehörigen unterschiedliche Möglichkeiten eröffnet, hat man sich in Europa darauf verständigt, das Einkommen der Haushalte nach der sog. modifizierten OECD-Skala zu gewichten. Die Person mit dem höchsten Einkommen erhält das »Gewicht« 1, jede weitere Person über 14 Jahren das Ge-

² Statistisches Bundesamt 2025; www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Einkommen-Konsum-Lebensbedingungen/Glossar/armutsgefaehrungsquote.html (28.12.2025).

wicht 0,5 und jedes Kind unter 14 Jahren das Gewicht 0,3. Das Haushaltsnettoeinkommen, geteilt durch das Gesamtgewicht für den Haushalt, ergibt das für jede Person des Haushalts geltende Nettoäquivalenzeinkommen.

Ein solcher einkommensbezogener Armutsbegriff sollte immer durch andere Armutsbegriffe flankiert werden. Er bietet jedoch wichtige Vorteile für die Armutsmessung: Einkommensarmut lässt sich regelmäßig präzise erheben. Veränderungen der Einkommensfaktoren lassen sich ebenso nachvollziehen wie Effekte sozialpolitischer Maßnahmen. Einkommen ist und bleibt zudem der Faktor mit dem größten Einfluss auf andere, lebenslagenbezogene Armutskonzepte. So kann ein Mangel an Nahrung oder Wohnraum als Elemente eines lebenslagenbezogenen Armutsbegriffs auch bei Menschen mit höheren Einkommen vorkommen, praktisch korreliert der Mangel daran aber regelmäßig mit einem Mangel an Einkommen.

Der Paritätische Wohlfahrtsverband und andere sprechen – wie der Autor dieses Buches – beim Unterschreiten der 60%-Schwelle nicht nur von einem abstrakten Armutsrisiko, sondern von Armut. Dafür sprechen gleich mehrere Gründe. Zum einen markiert die Einkommensschwelle die oberste Einkommensgrenze, bei der noch von Armut gesprochen wird. Tatsächlich ist das Einkommen der Menschen unterhalb dieser Armutsschwelle in der Regel deutlich geringer. So beträgt das (äquivalenzgewichtete) Medianeinkommen der einkommensarmen Menschen 2024 lediglich 1.090 Euro. Der Abstand zwischen den beiden Werten wird auch als »Armutslucke« bezeichnet und beträgt 288 Euro. Das ist viel Geld, gerade wenn man wenig hat.

Armutslucke

bezeichnet den Abstand zwischen der Armutsschwelle und dem mittleren Einkommen der Menschen unterhalb dieser Schwelle. Sie zeigt damit, wie weit die Einkommen armer Menschen im Durchschnitt von der rein statistischen Armutsschwelle entfernt sind.

Ein weiteres wesentliches Argument dafür, dass unterhalb der 60%-Schwelle von Armut, nicht von einem abstrakten Armutsrisiko gesprochen werden muss, bieten auch die Forschungen zum Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung. In einer dem aktuellen 7. Bericht zugrunde liegenden Befragung³ zur Wahrnehmung von Armut und Reichtum wurde ein Betrag, der etwa der

³ Liebig, Stefan/Priem, Maximilian/Winkler, Anne-Christin (2024): Wahrnehmung von Armut und Reichtum und Einstellungen zu Verteilungsfragen. Zweites Symposium zum 7. Armuts- und Reichtumsbericht, Folie 7; www.armuts-und-reichtumsbericht.de/SharedDocs/Downloads/Service/forschungsvorhaben-zweites-symposium-7-arb/diw-econ.pdf?__blob=publicationFile&v=2 (28.12.2025).

Armutschwelle entspricht, von den Befragten mit breiter Übereinstimmung als Armutslage angesehen.

Eine empirische Annäherung mit Blick auf die Möglichkeit der Bedarfsdeckung bestätigt ebenfalls, dass die Armuts(risiko)schwelle in Wirklichkeit eine Armutsschwelle ist. So haben Becker, Tobsch und Schmidt untersucht, wie sich die Einkommensschwellen zu einer konkreten Bedarfsdeckung verhalten. Die »ausgewiesenen Ergebnisse legen eine Armutsgrenze von mindestens 65% des Medians der Nettoäquivalenzeinkommen nahe [...], denn erst oberhalb dieser Schwelle zeigt sich für alle einbezogenen Jahre eine merkliche Abflachung des Anstiegs der Nahrungsmittelausgaben« (Becker/ Schmidt/Tobsch 2022: 49).

Eine lediglich auf der statistischen Setzung beruhende Qualifizierung der 60%-Schwelle als Armuts(risiko)quote widerspricht damit den Erkenntnissen der bedarfsorientierten Betrachtung. Armut fängt zum Teil schon deutlich oberhalb dieser Schwelle an, nicht selten schon bei 65% und darüber. »Da die hier abgeleiteten Schwellen nicht allzu weit von den gängigen Setzungen abweichen [...] können die entsprechenden Ergebnisse der etablierten Sozialberichterstattung nicht mehr als statistische Konstrukte auf der Basis willkürlicher Setzungen gedeutet und damit abgetan werden. Vielmehr verdienen sie größere politische Resonanz, zumal die bisher üblichen Grenzziehungen eher zu vorsichtig sind [...]. Unterhalb der hier abgeleiteten Armutsschwelle bleiben die Ausgaben für den lebensnotwendigen Grundbedarf um ein Drittel, die weiteren Ausgaben – z.B. für Haushaltsausstattung und -führung, Gesundheitspflege und soziokulturelle Teilhabe – um mehr als die Hälfte hinter den entsprechenden Ausgaben in der Mitte zurück« (Ebd.: 105).

Auch eine methodisch korrekte Berechnung bedarfsgerechter Regelsätze, wie sie der Paritätische regelmäßig vornimmt, zuzüglich der anerkannten Kosten der Unterkunft (im August 2025 waren dies 500,23 Euro bei Einpersonenhaushalten) ergeben zusammen ein Einkommen, das nur die notwendigsten Bedarfe sicherstellt und damit in etwa der Armutsschwelle entspricht. Am Lebensstandard orientierte Armutsverständnisse gehen über den Ressourcenansatz hinaus, indem sie einen bestimmten Lebensstandard in den Mittelpunkt stellen und nach Abweichungen davon fragen. Ergänzend zu den Einkommensarmutsdaten werden in Europa auch Daten zur materiellen Deprivation erhoben.

Materielle und soziale Deprivation

bezeichnet den unfreiwilligen, aus dem Mangel an finanziellen Mitteln resultierenden Verzicht auf Güter, Aktivitäten und soziale Teilhabe. Gemessen wird beispielsweise, ob unerwartete Ausgaben bewältigt, die Wohnung angemessen geheizt oder regelmäßige soziale Aktivitäten finanziert werden können.

Seit 2005 wird jährlich europaweit erhoben, wie weit Menschen notwendige Dinge entbehren müssen. Als erhebliche materielle Deprivation gilt das Vorliegen von mindestens sieben von 13 Deprivationskriterien. Wer sich fünf aus finanziellen Gründen nicht leisten kann, gilt als depriviert. Der Lebensstandardansatz erweitert deshalb den Blickwinkel über das Einkommen hinaus. Auch die- oder derjenige, der ein Einkommen knapp oberhalb der Armutsgrenze hat, kann von materieller Entbehrung und damit von Armut betroffen sein.

13 Kennzeichen für das Vorliegen materieller Entbehrungen (Deprivation)⁴

Der Haushalt kann sich finanziell nicht leisten:

1. Hypotheken, Miete, Rechnungen von Versorgungsbetrieben oder Konsum-/Verbraucherkrediten rechtzeitig zu bezahlen;
2. die Unterkunft angemessen warm zu halten;
3. jedes Jahr einen einwöchigen Urlaub an einem anderen Ort zu verbringen;
4. jeden zweiten Tag eine Mahlzeit mit Fleisch, Fisch oder gleichwertiger Proteinzufuhr zu essen;
5. unerwartet anfallende Ausgaben aus eigenen Mitteln zu bestreiten;
6. ein Auto zu besitzen (kein Firmen-/Dienstwagen);
7. abgewohnte Möbel zu ersetzen.

Ein Individuum kann sich finanziell nicht leisten:

8. abgetragene Kleidungsstücke durch neue (nicht Secondhandkleidung) zu ersetzen;
9. mindestens zwei Paar passende Schuhe in gutem Zustand zu besitzen;
10. wöchentlich einen geringen Geldbetrag für sich selbst aufzuwenden;
11. regelmäßige Freizeitaktivitäten (auch wenn diese Geld kosten);
12. mindestens einmal im Monat mit Freunden/Familie für ein Getränk/eine Mahlzeit zusammenzukommen;
13. eine Internetverbindung zu haben.

Die Beispiele zeigen bereits, dass eine solche lebensstandardbezogene Betrachtung von den zur Verfügung stehenden Ressourcen abhängig bleibt, denn gezählt werden nur Mangelsituationen, die auf finanziellen Einschränkungen beruhen. Hinzu kommt, dass die einzelnen Kriterien auf Setzungen beruhen, die nicht selbstverständlich sind. Taugt beispielsweise der regelmäßige Konsum von Fleisch heute noch überall als Maßstab für das Vorhandensein von Armut?

⁴ www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Einkommen-Konsum-Lebensbedingungen/Glossar/materielle-und-soziale-entbehrung.html (28.12.2025)

Das Konzept der materiellen und sozialen Deprivation gilt heute als wenig aussagekräftig und ist methodisch umstritten. Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales erläutert dazu: »Das Konzept der materiellen und sozialen Deprivation basiert auf einer Reihe von normativen Setzungen und ist deswegen nur beschränkt aussagekräftig. Dazu gehört die Auswahl der Bereiche, in denen eine materielle oder soziale Entbehrung vorliegen kann und die Festlegung, in wie vielen Bereichen Defizite vorliegen müssen, damit eine Situation der »materiellen oder sozialen Benachteiligung« konstatiert werden kann. Zudem basieren die Aussagen zur materiellen oder sozialen Situation auf der subjektiven Selbsteinschätzung der Befragten. Hierbei können Präferenzeffekte der Befragten eine Rolle spielen. Der Vergleich verschiedener Erhebungen belegt zudem, dass kleine Unterschiede bei der Fragestellung zu stark abweichenden Resultaten führen.«⁵

Lebenslagenansätze stehen dazu nicht im Widerspruch, sie bauen vielfach darauf auf. Noch stärker als die zuvor diskutierten Ansätze wird Armut als mehrdimensionale Benachteiligung begriffen. Dabei wird nicht nur auf das Einkommen abgestellt, sondern etwa auch auf die Wohnsituation, den Bildungsgrad, die Teilhabe am Arbeitsmarkt und anderes mehr. Diese Vielfalt ist Stärke und Schwäche zugleich. Zu den Stärken zählt, dass der Lebenslagenansatz einen differenzierteren Blick ermöglicht als Ressourcenansätze. Während ressourcenorientierte Ansätze beispielsweise Studierende nach den gleichen Kriterien als arm einordnen wie einkommensarme Menschen im Alter, erweitern Lebenslagenansätze den Blick darauf, dass studentische Armut allein schon wegen der Aussicht auf die rasche Überwindung von Einkommensarmut von anderer Qualität ist. Kritisiert wird dagegen, dass gerade die Vervielfachung der Blickwinkel auf die Lebenssituation den Blick auf das Gesamtbild verstellt. Die Auswahl der zugrunde gelegten Merkmale ist häufig sehr selektiv, auch die Bewertung der einzelnen Merkmale ist herausfordernd. Es droht die Gefahr, mit dem Blick auf die einzelnen Bäume den Wald aus dem Blick zu verlieren bzw. Armutslagen in kleinteiligen Einzelbetrachtungen aufzulösen.

Noch einen Schritt weiter geht der Ansatz der *Befähigungs- oder Verwirklichungschancen*, der auf Amartya Sen, Träger des Wirtschaftsnobelpreises 1998, zurückgeht. Das Konzept der Befähigungschancen fragt weniger nach der aktuellen Lage eines Menschen, sondern nach seinen Möglichkeiten. Diese ergeben sich aus den individuellen Möglichkeiten, aber auch aus den gesellschaftlichen Rahmenbedingungen. So kann beispielsweise eine ältere Person aufgrund gesundheitlicher Einschränkungen und Einsamkeit auch dann

⁵ www.armuts-und-reichtumsbericht.de/DE/Indikatoren/Armut/Materielle-Deprivation/materielle-deprivation.html (28.12.2025).

arm an Verwirklichungschancen sein, wenn sie über ausreichend materielle Ressourcen verfügt. Umgekehrt kann ein Mangel an materiellen Ressourcen, etwa am Beispiel von Studierenden, durch die Möglichkeit von kostenloser Bildung, unterstützender sozialer Infrastruktur und breiten Kontaktmöglichkeiten nicht als Armutslage, sondern als Lebenslage mit vielfältigen Befähigungschancen begriffen werden. Das Konzept der Befähigungschancen ist damit besonders weitgehend.

Der Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung orientiert sich mit am Ansatz der Verwirklichungschancen. Aber auch diesen Ansatz trifft die Kritik, dass die Abstraktion von der sozialen Lage und der Bezug auf abstrakte Potenziale die Mess- und Vergleichbarkeit massiv erschweren und das Konzept in hohem Maße von normativen Setzungen geprägt wird. So gibt es beispielsweise keine Schwelle, ab der von Armut an Verwirklichungschancen gesprochen werden kann. Das bedeutet, dass es für Deutschland weder eine Zahl noch eine konkrete Schätzung der Zahl von Menschen gibt, die arm an Verwirklichungschancen sind. Hinzu kommt: Das Konzept der Verwirklichungschancen lässt strukturelle Macht- und Ausschlussverhältnisse eher aus dem Blick. Die vielfältigen Bezugnahmen in der Wissenschaft stehen auch deshalb in einem großen Kontrast zur Relevanz in der öffentlichen Debatte.

Schließlich wird Armut in anderen Ansätzen über den Ausschluss von Teilhabemöglichkeiten beschrieben. Gegenüber dem Ansatz der Befähigungschancen, der stark die individuellen Möglichkeiten in den Blick nimmt, richten *Exklusionsansätze* den Blick auf gesellschaftliche Strukturen. Der Befähigungsansatz individualisiert soziale Lagen, Exklusionsansätze politisieren soziale Lagen dadurch.

Exklusionsansätze etwa berücksichtigen stärker, wenn beispielsweise Menschen mit Migrationshintergrund sich die Miete einer Wohnung finanziell leisten können, aber aufgrund von rassistischen Ausgrenzungen vom Zugang dazu ausgeschlossen sind. Ähnliches gilt, wenn etwa Wohnungslose mit eingeschränkten Fähigkeiten vom Zugang zu Hilfesystemen ausgeschlossen sind. Nicht individuelle Verantwortung, sondern gesellschaftliche Machtverhältnisse stehen im Vordergrund. Aber auch mit Blick auf Exklusionskonzepte der Armutsforschung gilt, dass sie deutlich schwerer als ressourcenorientierte Begriffe umsetzbar sind. Auch hier fehlt es deshalb an konkreten Schwellen und Zahlen zum Umfang der Exklusionsbetroffenheit.

Wie man es dreht und wendet: An ressourcenorientierten Ansätzen geht in der Armutsforschung nichts vorbei, zumal die öffentliche Debatte fast ausschließlich daran orientiert bleibt. Einkommensarmut bildet deshalb den unverzichtbaren Ausgangspunkt der Armutsanalyse, weil materielle Ressourcen für nahezu alle Lebensbereiche von zentraler Bedeutung sind und vergleichbar gemessen werden können.

Die Armut ist damit jedoch nicht umfassend beschrieben. Sie zeigt sich vor allem auch in materieller Entbehrung, eingeschränkten Verwirklichungschancen und dem Ausschluss von gesellschaftlicher Teilhabe. Deshalb muss über einkommensbezogene Begriffe hinausgeblickt werden. Für die Betroffenen macht es einen erheblichen Unterschied, ob sie mit einem geringen Einkommen in einer teuren Mietwohnung oder in eigenem Eigentum leben, ob sie ein beruhigendes Polster auf dem Sparkonto haben oder knietief im Dispo stehen. Wer Armut abschaffen will, darf nicht nur Einkommensarmut in den Blick nehmen. Eine wirksame Armuts politik muss deshalb Einkommen sichern und zugleich die sozialen und institutionellen Bedingungen von Teilhabe verändern.